

Das Fazit: Sowohl rationale Gründe als auch emotionale Reaktionen spielen eine Rolle für die Mobilisierung oder Nicht-Mobilisierung von Gruppen. Auch wenn es nach wie vor Theorien der sozialen Bewegungen gibt, die Rationalität und Emotionalität gegenüberstellen, erkennt die Mehrzahl der Wissenschaftler, dass wir weder reine Mr. Spocks sind, noch triebgesteuerte Wilde. Online-basierte und offline-basierte Bewegungen unterscheiden sich diesbezüglich wenig, da erfolgreiche online-basierte Bewegungen in der Regel offline gehen und offline-basierte Bewegungen das Internet nutzen, um auf ihre Sache aufmerksam zu machen. Schneller lassen sich Massen jedoch oftmals mobilisieren, wenn soziale Netzwerke bereits zu Beginn aktiviert werden, da die Streuung deutlich größer ist. In diesem Sinne sollten wir unseren Gefühlen freien Lauf lassen und das Facebook-Konto vielleicht doch nicht löschen...



Lea Ledwon

studierte »Government, Diplomacy and Strategy« am Interdisciplinary Center Herzliya (Israel) sowie »Peace & Conflict Management Studies« an der Universität Haifa (Israel), wo sie im Rahmen ihrer Masterarbeit über soziale Bewegungen und Emotionen forschte.

lealedwon@gmail.com

Richard Meng

Gefühlswelten der Ohnmacht

Wenn die Politik sich nichts mehr zutraut, führt das geradewegs in populistischen Opportunismus

Politik ist der Kampf um Macht – richtig? Aber auch zu einfach gedacht, jedenfalls in den komplexen westlichen Demokratien in unseren digitalen Zeiten. Immer stärker prägt eher das Einrichten in machtfernen Verhältnissen den Alltag. In Gesellschaft und Politik grassiert ein Gefühl der Einflusslosigkeit, das doppelt anfällig macht für einfache Scheinlösungen. Gefühlte Ohnmacht wird weit prägender als die Hoffnung auf Macht und Veränderung.

»Selbstmord aus Angst vor dem Shitstorm« ist ein Beitrag überschrieben, den kürzlich der Präsident des Deutschen Arbeitgeberverbandes hoch lobte. Was dem Wirtschaftslobbyisten aus der Seele sprach: Der Autor des Textes warf der Automobilindustrie vor, sich der offensiven Auseinandersetzung zu entziehen und einzuknicken vor all den kritischen Stimmen von »Einheitsjournalismus und selbsternannten Verkehrsfachleuten«. Arme Industrielobby, wenn nun schon ihr Alleroberster derart die Macht- und Mutlosigkeit der Autobranche beweint.

Nun ist manchmal ja auch Wehklagen Teil der Strategie. Jedenfalls muss man sich trotz harter Wirtschaftsdaten und selbstverschuldeter Abgaskrise um diese Branche keine ungewöhnlich großen Sorgen machen. Doch bemerkenswert ist, welche Gefühlswelt selbst da zum Ausdruck kommt. Es ist eine Grundstimmung des Ausgeliefertseins. Ein Eindruck, dass niemand mehr richtig kämpft (außer man selbst vielleicht). Dauerdefensive als kommunikatives Umfeld. Schlicht: ein permanentes Ohnmachts-

gefühl, wenn's ums Politische geht. Jetzt sogar in der Wirtschaft. In Teilen der Bevölkerung ohnehin. Auch in der Politik selbst gibt es das längst. Die quälende Erfahrung, dass all die gutgemeinten Ideen nicht vorankommen, spätestens wenn die Finanzierungsfrage aufgeworfen wird. Das dumpfe Gefühl, dass schon »eine Ebene drüber« meist als störend empfunden wird, was neu von unten kommt. Der Eindruck, dass die »Angst vor dem Shitstorm« weit dominanter ist als die Hoffnung auf Profil durch mutige Vorstöße. Und die Altvorderen aller Couleur doch sowieso immer schon wissen, was alles dagegen spricht und schiefgehen kann und Widerstand hervorruft und deshalb Selbstmordgefahr.

Von wegen Kampf um die Macht: Das Ergebnis ist, dass sich echte Profis in ihrer tiefselfstempfundenden Ohnmacht einrichten und vieles erst gar nicht mehr versuchen, weil sie es für aussichtslos halten. Dass sie Fehler vermeiden statt Impulse zu suchen. Dass sie möglichst nur Populäres anpacken. Mag selbst das dann später wieder scheitern, man war wenigstens auf der richtigen, der akzeptierten Seite. Wenigstens nach innen, in Parteien und Organisationen und ins Publikum hinein, stabilisiert das. Defensives Vorbeugen gegen noch mehr Verunsicherung also statt offensivem Kampf um Macht. Und sei es durch markige Forderungen für die eigene Klientel. Forderungen, die zwar gleich wieder scheitern, aber erst mal gut ankommen. Kalkulierte Selbstüberforderungen letztlich, aber auf der legitimationssicheren Seite. Kann man solche Denke jemandem verübeln in diesen Zeiten, in denen alles heruntergeredet und kleingeschreddert wird? Sie ist zur allgemeinen Erwartung geworden. Wer der Klientel versucht, eigene Interessenspolitik auszureden, fällt selbst durch. Was wiederum in Gesellschaften, in denen die ungerechte Einkommensverteilung ständig prägender wird, aus Sicht jeglicher Klientel absolut logisch ist.

Kampf um Macht oder aber Einrichten in Ohnmacht: Das ist letztlich aber doch eine sehr falsche Alternative. So falsch wie die Alternative zwischen Harakiri und Wegducken. Gute Politik war immer das Austarieren zwischen klugen neuen Impulsen und kluger Stabilisierung des Erreichten. Neu ist nur, dass solches Austarieren kaum mehr Eindruck macht. Auf der öffentlichen Bühne sind formvollendeter Selbstmord und tosender Shitstorm die interessanteren Ereignisse. Es ist schwerer geworden, diese Art Öffentlichkeit auszuhalten und trotzdem hartnäckig Sachkompromisse zu suchen.

Dies ist das Umfeld, in dem Populismus inzwischen auch gefühlig als entlastend erscheint. Ist denn nicht was dran, dass die Nation wieder stärker Heimat bedeuten könnte oder dass wir überfordert sind von den ständigen Integrationserfordernissen? Stimmt es nicht, dass Fremdheitserlebnisse nun einmal bedrohlich wirken? Und dass die soziale Ungerechtigkeit in der Gesellschaft auch durch die beste Sozialpolitik nicht ausgeglichen werden kann, solange die Einkommensschere sich immer weiter öffnet? Und folglich sich auch die Vermögensfrage stellt und nicht nur die Verteilungsfrage?

Wer in öffentlichen Veranstaltungen solche Andeutungen macht, nimmt Spannung raus. Versöhnt sich mit skeptischen Teilen des Publikums. Die Gefühlswelt der Ohnmacht lebt von der Solidarisierung gegen die Bedrohungen von außen. Eine Solidarisierung ist das, die auf Differenzierung wenig Wert legt.

Nun ist das Ohnmachtsproblem andererseits real. Angela Merkel gegenüber Recep Tayyip Erdoğan, Frank-Walter Steinmeier gegenüber Sergej Lawrow, die UN ge-

genüber dem Hunger in der Welt, die Dorfbürgermeister gegenüber den Vorgaben der Kommunalaufsicht, die Gewerkschaften gegenüber der anonymen Macht der Finanzmärkte etc. Die Grenzen des Durchsetzbaren sind extrem eng, Status-quo-Sicherung oft schon das Maximum.

Der öffentliche Meinungsbildungsprozess funktioniert nun einmal stimmungsbezogen. Also liegt die Kunst darin, das wenige schnell Durchsetzbare und die Stimmung zueinander zu bringen. Populisten aller Art haben es da leicht, die Stimmung mit den dazu passenden Stereotypen zu bedienen. Und nur die Stimmung.

Was oft helfen könnte, wäre ein fundierter historischer Bezug, ein Denken in Prozessen und nicht nur in der Gegenwart. Aufzuzeigen, was früher war, wie wichtig die Veränderungen seitdem sind. Wie kompliziert und vielschichtig demokratische Entscheidungsprozeduren sinnvollerweise organisiert wurden. Welche kulturelle Vorgeschichte die Probleme von heute haben, von der Religionsgeschichte bis hin zum Verhältnis junger Männer zu körperlicher Gewalt. Eine Relativierung also der heutigen Gefühlswelt, beim Publikum wie bei den Politikern. So manche vermeintliche Ausweglosigkeit würde plötzlich erscheinen wie Frust auf hohem Niveau, ohne dass man die realen Probleme, die stets Gerechtigkeitsprobleme sind, damit wegetuschiert.

Aber wie schwer ist das erst? Es beginnt mit der Art der Präsentation. Es war ein großer Fortschritt, dass sich die Geschichtsdarstellung – zumal im Fernsehen – von der althergebrachten Erzählung von Institutionengeschichte zur – inzwischen meist fiktionalen – Betroffenheitsgeschichte entwickelt hat. Das Publikum, vor allem das jüngere, lässt sich so hineinziehen in andere, ihm fremde weil alte Gefühlswelten. Und doch: Was bleibt übrig, außer ein paar hochemotionalen Momenten vor dem Bildschirm? Was an fundiertem Wissen, was an stabiler Erkenntnis, zumal über Interessen und nicht nur Gefühle? Das politische Leben ist kein individuelles Drama, sondern ein kollektives.

Genau dieser kollektiven Anstrengung verweigert man sich in der Gefühlswelt der Ohnmacht nur zu gerne. Wobei auf der Publikumsseite die gefühlte Ohnmacht ja längst so etwas geworden ist wie ein einigendes Band einfachster Strickart. Wenn jemand beklagt, dass »die da oben« sowieso nur ihre eigenen Interessen verfolgten, kommt das immer gut an. Weltweit werden Oppositionswahlkämpfe genauso inszeniert. Wobei hier das Wort Opposition – siehe Donald Trump – zu viel der Ehre ist. Es sind Anti-Establishment-Parolen als Vehikel für einen angestrebten autoritären Elitenwechsel, mehr nicht.

Das so etwas aber – gefühlt: sogar zunehmend – funktioniert, wirft die Frage nach dem zivilisatorischen Fortschritt auf. Ist es wirklich so, dass die menschlichen Gesellschaften sich alles in allem positiv-fortschrittlich entwickeln? Die (problematische) Gegenthese wäre, dass sich nicht zuletzt angesichts des Zerfalls einer allgemeinen Öffentlichkeit auf absehbare Zeit eher archaische, gestrige Problemlösungsmuster verstärken, weil sie vermeintlich Sicherheit bieten angesichts einer unübersichtlichen globalisierten Welt. Dass jenes Maß an zivilisatorischem Fortschritt im Denken und Fühlen, das unwiderruflich erreicht schien, wieder zerbröselte. Von Themen wie Respekt und Toleranz fürs Anderssein bis hin zum Respekt vor dem Leben schlechthin, siehe Todesstrafe. In solchen Verhältnissen ist längst offen sichtbar geworden, was die Politik sich selbst noch zutraut. Wenig genug, zumeist.

Auch das beim Brexit-Votum so ausschlaggebende, von den Populisten einfach zu mobilisierende Gefühl der Fremdbestimmtheit ist im Kern ein Ohnmachtsgefühl. Die Politik in London hatte dieses Gefühl aus der eigenen britischen Tradition heraus sogar systematisch geschürt und gestärkt, anfangs verstanden als Verdeutlichung britischen Lobbydrucks in Brüssel, später im Selbstlauf als Verlustgefühl von Autonomie seit dem britischen EU-Beitritt.

Selbst- oder Fremdbestimmung: Das als die aktuelle politische Entscheidungsfrage zu sehen, rührt am Kern des demokratischen Gedankens. Die Lehre aus dem britischen Exempel ist, dass demokratische Politik ihr eigenes, mitunter sehr reales Ohnmachtsgefühl nie kultivieren und zur billigen Selbstentlastung vor sich hertragen darf, weil dann sehr bald nur noch der populistische Ausweg bleibt. Wenn die Menschen erst glauben, politikbedingt die Kontrolle über ihre eigene unmittelbare Umwelt zu verlieren, hat die überörtliche Demokratie ein existenzielles Problem. Wohin das führt, ist anhand autoritärer Restaurationsprozesse in den Gesellschaften vieler Länder von Russland über die Philippinen bis hin zur Türkei weltweit erkennbar: Zum Jubel für Potentaten und zu Gleichgültigkeit gegenüber Minderheiten.

Über diese Mechanismen werden die politischen Stimmungen geprägt, die sich dann wieder in Wahlergebnissen auswirken. Die Chancen, rational gegenzusteuern, sind begrenzt, aber vorhanden. Zentralistische Überregulierung ist in diesem Zusammenhang ebenso ein Agendathema wie Partizipation der Bürgergesellschaft innerhalb der politischen Entscheidungsabläufe. Und doch sollte niemand glauben, dass sich daraus Rezepte ableiten ließen, das Grundproblem aus der Welt zu schaffen.

Dieses Grundproblem hinter dem Ohnmachtsempfinden ist der zunehmend individualisierte Zugang zum Politischen. Die demokratische Selbstüberforderung einerseits, die daher kommt, alles selbst beeinflussen zu wollen und dabei nur noch von der unmittelbaren eigenen Betroffenheit und Interessenslage her zu denken. Oder eben sich ohnmächtig zu fühlen. Und oft beides gleichzeitig, es passt ja zusammen. Zum Grundproblem gehört aber auch die Reaktion der Politik andererseits, einer solchen Klientel dann nicht selbst Grenzen zu setzen, sondern sich ihr anzupassen und danach erst recht in die Ohnmachtsfalle zu laufen.

Europa, ein geordnetes und vernunftgesteuertes Gemeinwesen? Wenn andere von außen auf diesen Kontinent schauen und ihr Bild schildern, hört es sich immer noch oft so an. Falls deren Eindruck aber nicht ganz falsch ist und falls tatsächlich weit mehr erreicht ist, als man gemeinhin so von innen her fühlt, dann muss es doch möglich sein, in der politischen Auseinandersetzung nicht nur auf neue Argumente zu setzen, sondern auch auf neue positive Emotionen. Auf eine Gefühlswelt des Selbstvertrauens und des Engagements. Im Ergebnis bedeutet das: Wer künftig für soziale und weltoffene Reformpolitik Wahlen gewinnen will, muss die Blockaden des allgemeinen Ohnmachtsgefühls überwinden, mit dem es sich zu viele bequem machen.



Richard Meng

ist Politikwissenschaftler, Autor und Beirat der NG/FH. Er war stellvertretender Chefredakteur der Frankfurter Rundschau und Sprecher des Senats von Berlin. Zuletzt erschien bei Schüren: *Wir schaffen es (nicht). Politik und Medien in der Selbstwertkrise.*

richard.meng@t-online.de